Nummer 577. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Sonnabend, 12. November 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Zu den baierischen Landtagswahlen.

(Von einem gelegentlichen Korrespondenten.)

Aus Baiern, 10. November.

Die Neuwahlen zum baierischen Abgeordnetenhause, das in seiner jetzigen Zusammensetzung im Jahre 1887 gewählt worden ist, finden erst im Juni nächsten Jahres statt. Es mag daher verfrüht erscheinen, jetzt bereits von den Vorbereitungen zu diesem wichtigen Akte in unserem Staatsleben zu reden. Wenn wir es dennoch thun, so folgen wir damit indessen nur den Thatsachen selbst auf dem Fuße; denn in ganz Baiern haben sämmtliche Parteien schon jetzt, ja man kann sagen, seit Monaten die Agitation für die Wahlen begonnen. Veröffentlichung von Programmen, Neuorganisation des Wahlapparates, Preßkämpfe — Alles im Hinblick auf den Frühsommer nächsten Jahres — haben Zeit und Interesse der Wähler in Anspruch zu nehmen gesucht, und wenn auch begreiflicherweise die Massen von dieser Bewegung, die hie und da schon in eine Erregung umgeschlagen ist, noch nahezu unberührt geblieben sind, so ist dies keineswegs der Fall bei den Parteiführern und Wahltaktikern.

Heißt das das Pulver nicht zu früh verschießen? Wird eine derartig von langer Hand vorbereitete Agitation nicht gerade im entscheidenden Momente erlahmen und versagen? Man wird diese Fragen nicht ohne Weiteres verneinen können, und innerhalb der Kreise der politisch maßgebenden Persönlichkeiten verkennt man diese Gefahr auch nicht. Aber der Ernst der Lage ist immerhin so groß, daß man lieber diese Eventualität riskirt, als daß man ja etwas versäumte, was zur Stärkung der Kräfte, zur Vorbereitung des Sieges beitragen könnte. Denn wir wollen uns im liberalen Lager nicht täuschen: Die nächsten Landtagswahlen werden für Baiern entscheiden, ob wir noch ferner, wie seit 20 Jahren, ein unparteiisch, weder liberal noch ultramontan gesinntes, aber durchaus auf dem Boden des modernen Staates stehendes Verwaltungskabinet haben werden, oder ob der Zug nach rechts, den wir mit wachsender Deutlichkeit verspüren, ein konservativ-klerikales Regiment herausführen wird.

Diese Besorgniß mag vielleicht befremdlich, übertrieben erscheinen. Um so besser, wenn wir zu schwarz sehen, wir wollen uns mit Vergnügen dementiren lassen! Aber besser bewahrt, als beklagt! Sehen wir den Dingen ins Auge, so haben wir ein liberales Ministerium, im Parteisinne gesprochen, seit 20 Jahren in Baiern nicht gehabt. Die Herren von Lutz und Kollegen waren Gegner des Ultramontanismus, weil er gegen den modernen Staat zu Felde zieht und Machtansprüche erhebt, die Verfassung und Kronrechte verbieten. Ihre Verwaltungspraxis wie ihre Politik waren nur deshalb nach der liberalen Seite gerichtet, weil auch die Liberalen aus denselben und noch anderen Gründen den Ultramontanismus bekämpfen. Ihrer Parteistellung nach würde man die Minister König Ludwigs II. auf der konservativen Seite zu suchen gehabt haben. Und ihre Nachfolger unter der Regentschaft stehen nicht minder mit ihrer persönlichen Ueberzeugung im selben Lager. Der Regent selbst, der erst in hohen Jahren und unerwartet infolge tieferschütternder Katastrophen zur Führung der Regierung berufen werde, ist nach Erziehung, Lebensgang und Gesinnung eine durchaus konservative Natur. Nur die tolle Wuth, mit der nach seinem Regierungsantritt die Centrumspartei gegen die Männer losfuhr, die die schwere Aufgabe der Entmündigung Ludwigs II. durchgeführt hatten, und der vom Zaun gerissene Angriff gegen die Herrschaftsrechte der Krone im staatlich-kirchlichen Grenzgebiete vermochten diesen vornehmen und gewissenhaften Fürsten, zur scharfen Stellung gegen die Centrumspartei sein Ministerium anzuweisen.

Aber die Versöhnung ist längst geschlossen: die Klerikalen sind so klug geworden, daß durch Abtrotzen nichts zu erreichen ist, und die Staatsregierung hat sich willig gezeigt, mit den Altkatholiken ein zwei Jahrzehnte hoch gehaltenes Prinzip zum Opfer zu bringen. Seit diesem Tage haben wir die schiefe Ebene betreten, die allmälig und sachte, aber nach der unerbittlichen Logik der Thatsachen nach Rechts führt. Rechts aber stehen in Baiern die Klerikalen, denn was anderswo konservativ heißt, hat hier klerikalen Anstrich. Wir haben von diesem Hinübergleiten, das sich nicht einmal so sehr mit dem ausgesprochenen Willen des sich seiner Aufgabe als Geschäftsministeriums bewußten Kabinets vollzieht, im letzten Landtage genug Proben gehabt. Die Centrumspartei war allerorten, mit Ausnahme einiger Punkte im Schulwesen, die getreue Garde der Regierung, jede Ausstellung von liberaler Seite an Vorkommnissen und Plänen im Verkehrs- oder Steuerwesen rief die Ultramontanen zur Vertheidigung der Minister auf. Wie ein Hauch, ein schwer faßbares, kaum im Einzelfalle definirbares Fluidum, aber ein Imponderabile vom mächtigsten Einflusse, dringt der Klerikalismus durch alle Fugen und Ritzen unserer Verwaltung, unseres ganzen Staatslebens.

Dies ist um so merkwürdiger, als thatsächlich die beißenden Schilderungen von der ganz in Geschäftskatholizismus versunkenen Klique und Koterie der Centrumspartei zutreffen, die wir Dr. Ratzinger in der „Bonner Reichsztg." verdanken, die aber doch im Wesentlichen nur für München gelten. Anderswo in den meisten Bezirken des Landes steht der Ultramontanismus noch in fester Rüstung und geschlossener Organisation. Man überschätze in dieser Hinsicht auch die Kelheimer Wahlerfolge Dr. Sigls nicht! Ultramontan war und ist in jenem Kreise nahezu die gesammte Wählerschaft, ob sie für oder gegen den Redakteur des „Baier. Vaterl." gestimmt hat. Was seine Anhänger wollten, war ein Protest gegen ein laues Centrum, sie wollen eine aggressive Partei. Und in München hat allerdings der Ultramontanismus in den Massen abgehaust, da steht die Frage nur noch zwischen Liberal und Sozialdemokratisch. Aber um so einflußreicher sind alle jene aristokratischen Elemente, die sich aus einer Art politischem Reinlichkeitsgefühl von dem Treiben der Münchener Klubgötter zurückgezogen haben, nun aber mit verstärktem Eifer das Gewicht ihrer historischen Position, ihres Namens und ihrer sozialen Stellung zur Geltung bringen. Es ist sehr bezeichnend, daß der erste Repräsentant dieser Männer, Graf Konrad Preysing, jetzt in der „Donauztg." eine starke Jeremiade gegen den modernen Liberalismus vom Stapel läßt.

Um Mißverständnisse auszuschließen, sei hier ausdrücklich betont, daß wir von einer Zunahme des klerikalen Einflusses keine Wandlung in dem Verhältnisse Baierns zum Reich besorgen. Unser Einzelstaat wird unter allen Umständen fest und treu auf dem Boden der Verfassung und der Verträge stehen bleiben, mag der Wind das Regierungsschiff nach Rechts oder Links treiben. Partikularistische Velleitäten scheitern an der festgegründeten Macht der Thatsachen. Aber für unsere innere Entwicklung können die nächsten Wahlen ausschlaggebend werden; Schule, Bildung, Kunst, die gesammte liberale Entwicklung kann gehemmt, die konfessionelle Zwietracht an Stelle der Parität gesetzt, den Machtansprüchen Roms im bürgerlichen Leben, wenn auch nicht direkt auf dem Gebiete der Kronrechte, weiter Spielraum gegönnt werden. Dagegen sammeln sich die Liberalen zum ernsten Kampfe in der klaren Erkenntniß, daß nur eine starke und entschlossene liberale Partei einem weiteren Hinabgleiten nach rechts Einhalt thun kann.

Die Liberalen haben wenig Mandate neu zu gewinnen; möglich, daß sie in Eichstätt und Weißenburg, sowie in Culmbach ein paar Sitze den konservativen Agrariern abringen. Gefährdet sind die Mandate im Algau, in Würzburg und in Passau, bestritten die in München I., Erlangen-Fürth und Nürnberg; für diese geht der Kampf gegen die Sozialdemokraten, bei den ersteren gegen die Centrumspartei. Letztere ist eigentlich nur in der Lage, München II. zu verlieren, dies aber wird sicher dem Sozialistenführer v. Vollmar zufallen. Wir halten es nun nicht gerade für wahrscheinlich, daß die angegriffenen Landtagssitze den Liberalen auch wirklich alle verloren gehen. Aber jedenfalls ist, um sie zu behaupten, unbedingte Einigkeit aller Liberalen nothwendig. Wir können uns in Baiern für den Landtag nicht den Luxus von Fraktionsspaltungen und Häkeleien erlauben, uns schweißt die Noth und die Gefahr zusammen. Darum entsprach es nur der Sachlage, wenn der freisinnige Parteitag schon im April dieses Jahres ein Zusammengehen aller Liberalen begutachtete. Wir glauben, daß dies Ziel erreicht werden wird, in Nürnberg wie in München, hier namentlich dank der Geschicklichkeit des Dr. von Schauß, auch sogar in der Rheinpfalz werden die Gegner eine geschlossene Phalanx finden, an denen ihre Rührigkeit abprallt. Und der Gegner sind viele: die Centrumspartei rüstet sich für die Entscheidung, die Sozialdemokraten machen die stärksten Anstrengungen, die Volkspartei, die Konservativen, ja sogar die Antisemiten rücken als einzelne Heerhaufen in den Wahlkampf. Gelingt es auch den Liberalen sicher nicht, die Mehrheit in der Kammer zu gewinnen — die haben sie schon seit dem Jahre 1873 nicht mehr — so haben sie doch alle Zuversicht und auch Grund zu dieser Zuversicht, ihre bisher innegehabte Position numerisch zu behaupten und moralisch durch einen lauten und nachdrücklichen Protest breiter Volksmassen gegen ein klerikalisirendes Element zu verstärken. Was aber ein solches Verdikt des liberalen Bürgerthums bedeuten kann, haben wir beim preußischen Schulgesetz erlebt!

---

* Die **Angriffe**, welche das **Militär-Wochenblatt** gegen die **Landwehr** gerichtet hat, haben, wie männiglich bekannt, in ganz Deutschland Entrüstung hervorgerufen. Das militärische Organ sucht sich jetzt zu vertheidigen, und beginnt ziemlich selbstbewußt mit einem Hinweis auf den Ausspruch Friedrichs des Großen: „Einer ernsten Krankheit kann man nur mit einem scharfen Medikamente begegnen." Es könne nur als ein militärisches und patriotisches Verdienst bezeichnet werden, wenn man rechtzeitig auf Mißstände hinweise. Einen anderen Zweck hätte der Aufsatz im M. W. B. über den Zukunftskrieg und die Broschüre „Warum muß Deutschland seine Wehrmacht verstärken" — zwischen welchen beiden Arbeiten gar kein literarischer Zusammenhang bestehe — nicht gehabt. Die Kritik, welche das Blatt an den Leistungen der Landwehr im letzten Kriege geübt, hält es aufrecht und sagt:

„Wenn hier und da ein Ton „sittlicher Entrüstung" angeschlagen worden ist, wenn von „Beschimpfung der Landwehr" gesprochen wurde, so kann das als ehrliches Treiben nicht gelten. Das Militär-Wochenblatt vertritt die Interessen der Armee, und zur Armee gehört auch die Landwehr. Es entspricht nicht den Ueberlieferungen und Gewohnheiten des Militär-Wochenblattes, irgend einen Theil der Armee „beschimpfen" zu wollen. Wer das sagt oder schreibt, der sagt oder schreibt die Unwahrheit. Daß unsere Landwehr den besten Willen hat, ihre Schuldigkeit vor dem Feinde zu thun, ist selbstverständlich, dafür sind es deutsche Soldaten. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß dieser gute Wille, wenn er in militärische Leistungen umgesetzt werden soll, erheblich herabgedrückt wird durch die geringere Widerstandsfähigkeit gegen die Strapazen und nervenzerrüttenden Eindrücke des Feldkrieges.

Giebt man aber das nicht zu, so fällt auch der zwingende Grund fort, der Feldarmee jüngere Kräfte zuzuführen. Andererseits würde aber auch nicht nur die Wahrheit, sondern auch die Wirklichkeit erheblich Schaden leiden, weil ohne Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse von der Landwehr im nächsten Kriege Leistungen vorausgesetzt und verlangt würden, denen sie beim besten Willen nicht gewachsen ist."

Der Verfasser des Artikels, aus dem dies Citat stammt hofft, daß das deutsche Volk seiner Zeit denen danken wird, welche rechtzeitig dafür Sorge tragen, daß die Schlachten eines Zukunftskrieges mit jungen Mannschaften geschlagen werden. Ueber diesen Krieg wird gesagt: „Sollen wir am Ende aus lauter philanthropischen Rücksichten für Andere und aus Angst vor der öffentlichen Meinung des Auslandes stets sagen: wir warten ab, bis Ihr unsere Grenzen überschreitet, in Deutsches Land einfallt, damit die Deutschen nicht als „Angreifer" erscheinen?"

Auch dieser krankhaften Reizbarkeit der öffentlichen Meinung, wenn vom Kriege die Rede ist, muß, so sagt das Militär-Wochenblatt, entgegen getreten werden — vor allem im Friedensinteresse, damit das Ausland weiß, daß Deutschland nicht gewillt ist, wie das Jahrhunderte lang der Fall war, den Gegner in Deutschen Landen bekämpfen zu müssen.

Jeder kundige Offizier, so heißt es weiter, weiß, daß die taktische Offensive untrennbar ist von der strategischen Offensive. So ist es 1866 gewesen, so ist es 1870/71 gewesen, und so war es bei 90 pCt. aller siegreichen Kriege. Es ist eine vollkommen laienhafte Auffassung, daß man sich an der Landesgrenze aufbauen könnte und nur über den Gegner herfallen würde, wenn er uns „angreift". In der strategischen Offensive liegt eins der Geheimnisse des Sieges — das beweist die Kriegsgeschichte überall —, hier sei nur ein Beispiel für Viele angeführt. Im Kriege 1859 ging Oesterreich zur strategischen Offensive über, nützte dieselbe aber nicht aus, wurde auf die strategische Defensive geworfen, und hieraus entsprangen in erster Linie die Ursachen der kriegerischen Mißerfolge."

Die deutsche Friedensneigung, so schließt der militärische Offiziosus, dürfe nicht darin zum Ausdruck kommen, daß nur von einer rein mechanischen „Vertheidigung" in militärischem Sinne die Rede sein dürfe; das widerspreche dem nationalen Interesse, weil es die besten Chancen des Erfolges aus der Hand gebe.

---

* Wir haben vor längerer Zeit auf die Bildung einer **Kommission** hingewiesen, welche sich die Aufgabe gesetzt hat, den **freien Hilfskassen** bei der durch das Gesetz vom 10. April 1892 nothwendig gewordenen **Aenderung der Statuten** unentgeltlich mit Rathschlägen an die Hand zu gehen. Eine große Zahl freier Hilfskassen hat die den Kassen gebotene Gelegenheit benutzt, um unter Beihilfe der Kommission sich den veränderten gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, die erforderlichen Statutenänderungen zu beschließen und der Behörde zur Genehmigung zu unterbreiten. Diese Genehmigung ist auch hinsichtlich einer Reihe von Kassen bereits erfolgt. Indessen hat sich auch vielfach gezeigt, daß die Vorstände einzelner Kassen sich in bedauerlicher Unkenntniß der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen befinden; beispielsweise sind wiederholt von den Kassenorganen die Statuten der vorgesetzten Behörde mit dem Antrage eingereicht, die Behörde möge die erforderlichen Statutenänderungen selbst bewirken. Selbstverständlich lehnt dies die Behörde in allen Fällen ab, es entsteht aber dadurch eine erhebliche Verzögerrung. Es ist deshalb nunmehr hohe Zeit, daß alle freien Hilfskassen, welche noch nicht an die Abänderung der Statuten gegangen sind, diese schleunigst in Angriff nehmen. Empfehlenswerth wäre es, wenn die Kassen sich möglichst eng an das von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch aufgestellte Musterstatut (abgedruckt in dem „Leitfaden für freie Hilfskassen". Von Dr. Max Hirsch. Berlin 1892, J. J. Heines Verlag, S. 32 ff.) anlehnten. Dies erleichtert in hohem Maße die Genehmigung seitens der Behörden. Der Minister für Handel und Gewerbe hat zwar den ihm untergeordneten Stellen thunlichste Beschleunigung anempfohlen, indessen nimmt der Geschäftsgang bei Behörden, wie bekannt, immerhin geraume Zeit in Anspruch. Wir empfehlen deshalb den Kassenvorständen, welche die abgeänderten Statuten bereits zur Genehmigung bei der Behörde eingereicht haben, sich durch persönliche Nachfrage um Beschleunigung zu bemühen, eventuell sich in Preußen an den Minister für Handel und Gewerbe, im außerpreußischen Deutschland an das zuständige Ministerium beschwerdeführend zu wenden. In allen Fällen aber, wo die Abänderung der Statuten überhaupt noch nicht von den Kassen beschlossen ist, oder wo die Genehmigung der beschlossenen Abänderung Schwierigkeiten begegnet, ist es durchaus zweckmäßig, die aus den Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch, Dr. Pachnicke, Rickert, Schenck, Schrader, dem Rechtsanwalt Dr. Meschelsohn und Anderen bestehende Kommission um Rath anzugehen, welche den Rechtsanwalt Dr. Meschelsohn, Berlin W., Leipzigerstraße 33, mit der Geschäftsführung beauftragt hat.

---

* Unter dem Titel **„Die Reichspacketpost"** hat ein junger Amerikaner, Dr. Charles Henry Hull, auf Grund von Untersuchungen, die er mit freundlicher Unterstützung höherer Beamter der Reichspost- und der Eisenbahnverwaltung angestellt hat, eine Schrift veröffentlicht, deren Ergebnisse in der nächsten Session des Reichstags bei der Berathung des Etats der Postverwaltung eine Rolle spielen dürften. Dr. Hull hat ausgerechnet, daß im Jahre 1889/90 die Leistungen der Eisenbahnen für die Post im Reichspostgebiet auf 19,57 Millionen Mark oder, wenn man die Zinsen des Anlagekapitals der Eisenbahnen in Anrechnung bringt, auf 28,97 Millionen Mark sich belaufen; für Preußen allein auf 14,72 bezw. 21,80 Millionen Mark. Dagegen zahlte die Post den Eisenbahnen in Preußen 3,859,091 Mark, was im Reichsgebiet 5,128,732 Mark ausmachen würde. Es bleibt also eine Nettozahlung der Eisenbahnen an die Post in Preußen von 10,64 bezw. 16,64 Millionen, im Reich von 14,37 bezw. 21,37 Millionen Mark. Von diesen den Eisenbahnen entstehenden Kosten für die Beförderung der Postsendungen fällt der größte Theil, nämlich 75 vom Hundert, auf die unentgeltliche Beförderung der Packete im Gewicht bis zu 10 Kilogramm. Das ist schon ganz hübsch; aber es kommt noch besser. Dr. Hull behauptet mit Recht, die Post müsse nun doch mindestens diese Ueberschüsse an das Reich abführen. Er weist aber nach, daß die Postverwaltung im Jahre 1890 in Anbetracht der baaren Zahlung der Eisenbahnen aus den übrigen Einnahmen einen Minderüberschuß von etwa 11 Millionen Mark gehabt habe und daß dieser lediglich durch Ausfälle bei der Packetpost entstehe. Obendrein macht die Reichspost durch Beförderung der Packete unter 10 Kilogramm dem Eil- und auch dem Frachtverkehr der Eisenbahnen die allerschwerste Konkurrenz. Herr v. Stephan hat das natürlich in Abrede gestellt. Dr. Hull aber bringt eine Reihe von Beispielen, theils nach eigenen Beobachtungen, theils nach Mittheilungen von Postbeamten bei, die seine Behauptung bestätigen. So berichtet er:

„Am schlesischen Bahnhofe kam einmal mehr als eine halbe Wagenladung Hutschachteln von einem Fabrikanten aus Glogau an einen Kaufmann in Gestalt von Fünfzigpfennigpacketen an, in derselben Gestalt kamen 213 Kistchen Käse von einem Versender an einen Empfänger. Im Jahre 1891 trafen auf demselben Bahnhofe täglich während etwa 40 Tagen 4—5000 Körbe mit Schnittbohnen als 5 Kilogramm-Packete ein, die alle nach der Centralmarkthalle gingen, d. h. es wurden täglich 20 Tonnen Hülsenfrüchte postmäßig von Oesterreich nach Berlin befördert."

Angesichts dieser Thatsache ist Dr. Hull der Meinung, daß der Postpacketdienst bei Weitem nicht den volkswirthschaftlichen Werth habe, den Herr Dr. v. Stephan diesem beilegt. Man müsse in Betracht ziehen, daß der Vortheil, den der kleine Mann aus dem billigen Porto für kleine Packete ziehe, in keinem Verhältniß zu dem Beitrage stehe, den er, indirekt natürlich, zum Unterhalt einer sich nicht rentirenden Packetpost beisteuere.

Es läßt sich nicht von der Hand weisen, bemerkt dazu die „Danz. Ztg.", daß diese Erwägungen sehr viel für sich haben. Thatsache ist jedenfalls, daß in den Kreisen der Detailhändler seit Jahren lebhafte Klage gegen den Packetverkehr erhoben wird, da derselbe nur einzelnen großen Geschäften zu Gute kommt und zahlreiche Inhaber kleinerer Geschäfte auf deren Steuerkraft die Kommunen nicht verzichten können, empfindlich schädigt. Jedenfalls erwachse dem Reichstage die dringende Aufgabe, die „Schaumklößchen", welche Herr v. Stephan ihm servirt, auf das Eingehendste und Peinlichste zu untersuchen.